

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Wegungspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Bernspracher: Weichsäckerstr. 21296 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2466 — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 P.M. Grundlegung auf Geschäftsangelegenheiten, Familiennachrichten und Streifen-gehalte. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Baublags-Beilage, Ziehungslisten der Staatslotterieverwaltung, Holzplanzen-Verkaufslisten der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Redaktion: Oberregierungsrat Hans Bied in Dresden.

Nr. 210

Dresden, Dienstag, 9. September

1930

## Keine Umschuldungsanleihebemühung der Reichsregierung.

Berlin, 9. September.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, ist es nicht richtig, daß die Reichsregierung über irgendeine Stelle im Auftrage der Reichsregierung oder mit deren Wissen sich bei französischen Kapitalisten oder an sonstigen französischen Stellen um eine Umschuldungsanleihe oder eine sonstige Anleihe bemüht oder über eine solche irgendwie verhandelt hat. Damit entfallen auch alle Vermutungen über außerpolitische Verhandlungen, die mit einer solchen Finanztransaktion in Zusammenhang stehen.

## Gesetzentwurf zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes.

Berlin, 9. September.

Vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitete, jetzt der Öffentlichkeit vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen vom 12. Mai 1901 sieht im wesentlichen folgendes vor:

1. eine Klarstellung, daß die Aufsichtsbefugnisse allein und mit bindender Wirkung auch für andere Behörden und Gerichte zu entscheiden hat, ob eine Unternehmung im Sinne des Gesetzes aufzufassen ist;
  2. eine idelle Pflichtenrevision der größeren Versicherungsunternehmen;
  3. den Ausbau des gegenwärtigen Rechts der Aufsichtsbefugnisse, Revisionen vorzunehmen, zu einer Pflicht;
  4. die Schaffung eines besonderen Treuhänders für die Anlegung und Aufbewahrung des Prämienreservefonds;
  5. eine Verschärfung der Bestimmungen, die die Art der Anlegung des Prämienreservefonds regeln, und zwar in der Richtung einer Fernhaltung der Unternehmungen von spekulativen Anlagen;
  6. zur Vermeidung von Zweifeln die Schaffung eines Rechts der Aufsichtsbefugnisse, den Versicherungsunternehmen die gefährdete Beteiligung an versicherungsfernen Unternehmungen zu untersagen oder nur unter Bedingungen zu gestatten;
  7. die Schaffung eines gewissen Vorkaufsrechts der Versicherer im Konkursfall.
- Im der ausführlichen Begründung zu dem Gesetzentwurf heißt es u. a., daß die auch im Versicherungswesen fortwährende Konzentrationsbewegung eine Anpassung des Gesetzes an diese Wirtschaftsentwicklung nahelege.

## Beginn der 31. internationalen Luftfahrerkonferenz.

Osaka, 9. September.

Vom 8. bis 10. September findet hier die 31. internationale Luftfahrerkonferenz statt, an der Vertreter Belgiens, Deutschlands, des Saargebietes, Frankreichs, Hollands, der Schweiz und der Tschechoslowakei teilnehmen. Diese Konferenz, die alljährlich zweimal abgehalten wird, wird Maßnahmen über Sicherheit und Regelmäßigkeit im Flugverkehr auf den regelmäßigen Luftlinien der verschiedenen Länder behandeln.

Die Konferenz hat nicht mit dem kürzlich abgehaltenen internationalen Luftfahrerkongress zu tun. Es handelt sich hier nur um interne Fragen, die von den leitenden Persönlichkeiten der Luftfahrt untereinander besprochen und über die an die Presse keine Mitteilungen abgegeben werden.

## Eröffnung der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz in Brüssel.

Brüssel, 9. September.

Die 16. Vollversammlung der Internationalen parlamentarischen Handelskonferenz hat gestern nachmittags in Anwesenheit des Prinzen Leopold ihre erste Sitzung im Senat abgehalten. Prinz Leopold hielt im Namen des Königs die Konferenz willkommen, betonte die Bedeutung der Anfang dieses Jahres in Genf abgehaltenen Internationalen Handelskonferenz, die die wirtschaftliche Annäherung der Völker bezweckte, und wies auf die Wichtigkeit des Programms der gegenwärtigen Konferenz hin.

## Die Besprechung über die europäische Union.

Die Frage wird dem Völkerbund unterbreitet.

Genf, 9. September.

Die Besprechung über die europäischen Einigungsbestrebungen, die auf Einladung der französischen Regierung unter Teilnahme von Vertretern von 27 europäischen Staaten im Gebäude des Völkerbundessekretariats stattfand, begann gestern nachmittags um 4 Uhr und war um 7,30 Uhr zu Ende. Von den teilnehmenden Staaten waren drei durch ihre Ministerpräsidenten vertreten, nämlich Österreich, Griechenland und Letland. Folgende Staaten hatten ihre Außenminister entsandt: Tschechien, Belgien, England, Bulgarien, Dänemark, Island, Finnland, Frankreich, Italien, Norwegen, Holland, Polen, Schweden, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Der französische Außenminister Briand erläuterte an Hand des der Konferenz vorgelegten Weißbuchs die auf das Memorandum der französischen Regierung eingegangenen Antworten und legte die Gesichtspunkte für die weitere Behandlung der Frage dar. An die Ausführungen Briands schloß sich eine eingehende Diskussion an, in welcher der englische Außenminister Henderson verschiedene von der französischen Auffassung abweichende Gesichtspunkte hervorhob. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, worin die weitere Behandlung der Frage der Vollversammlung des Völkerbundes überwiesen wird.

Die wesentlichen Sätze der Entschließung lauten:

Die Vertreter der europäischen Regierungen nehmen Kenntnis von dem Ergebnis der Umfrage zur Schaffung einer europäischen Union. Sie sind überzeugt, daß eine enge Zusammenarbeit der europäischen Völker auf allen Gebieten des internationalen Lebens für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt von grundlegender Bedeutung ist. Sie sind einmütig in der Auffassung, daß diese Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste der Grundzüge des Völkerbündnisses erfolgen soll. Der französische Außenminister Briand wird der Vollversammlung diese Entschließung unterbreiten.

## Die französische Analyse der Antworten auf das Europamemorandum.

Die Zusammenstellung der einzelnen Antworten der Regierungen auf das europäische Memorandum ist insofern bemerkenswert, als sie zahlreiche wichtige Präzisionen des französischen Standpunktes und interessante Auseinandersetzungen mit den Argumenten einzelner Regierungen enthält. Im ersten Teil der Analyse, der sich mit den grundsätzlichen Fragen beschäftigt, wird festgestellt, daß die Notwendigkeit einer Koordinierung in Europa von allen besagten Regierungen anerkannt wird.

In diesem Zusammenhang wird auch der deutsche Hinweis auf die Revision der Verträge als Gegenstand der europäischen Status gebracht. Die deutsche

Regierung geht sogar soweit, darauf hinzuweisen, daß die Struktur Europas nach ihrer Ansicht tiefgehende Veränderungen erfordert, und sie ist der Auffassung, daß die allgemeine Organisation des Kontinents in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine den natürlichen Lebensbedingungen der Völker entsprechende Entwicklung behindert.

Der zweite Teil betrifft die Einfügung der europäischen Organisation in den Rahmen des Völkerbundes. Die französische Regierung stellt fest, daß in allen Antworten zum Ausdruck kommt, daß die übertragende Stellung des Völkerbundes bewahrt, sein Tätigkeitsgebiet nicht eingeschränkt und seine Universalität nicht angetastet werden dürfe. Unter den Vorbehalten wird auch die Befürchtung der deutschen Regierung erwähnt, daß sich eine Isolierung Europas abzeichnen könne, die die Bildung anderer Gruppen innerhalb des Völkerbundes zur Folge haben könnte.

An dritter Stelle wird die von verschiedenen Staaten aufgeworfene Frage der Heranziehung außereuropäischer oder nicht zum Völkerbund gehörender Staaten erörtert. Die französische Regierung stellt fest, daß auch darüber keine grundsätzlichen Beschlüsse gefaßt werden können. Es wird hingewiesen, daß die meisten Ansichten in dieser Hinsicht ihre Hauptbegründung in wirtschaftlichen Erwägungen zu suchen schienen. Die Union sei aber diesem genug gedacht, um auch in dieser Hinsicht die notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Der letzte grundsätzliche Punkt betrifft die Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten. Es wird bemerkt, daß jeder Gedanke einer politischen Herrschaft ausgeschlossen sei, und daß die Staaten in die Vereinigung nur eintreten würden, um dort — wie im Völkerbund, unter dessen Kontrolle sich die Vereinigung stelle — unbedingt gleiche Rechte auszuüben. Wegen dieser Auffassung sei kein Einwand erhoben worden.

Der Begriff der Gleichberechtigung wird sodann folgendermaßen präzisiert:

Es handelt sich um die Gleichheit, die innerhalb der geplanten Vereinigung allen Mitgliedern gesichert werden soll, d. h., um die Gleichheit der Rechte, die jeder Staat durch seinen Beitritt bei seiner Arbeit auszuüben bezwecken wird, ohne daß die Verpflichtungen oder Rechte aus anderen etwaigen Verpflichtungen dadurch berührt würden. Nur so könne die Frage zwischen Mitgliedern des Völkerbundes gestellt werden. Die ungarische Regierung möchte jedoch den Begriff der Souveränität und Gleichberechtigung dahin ausgelegt wissen, daß er die Befreiung aller Ungleichheiten bedeute, die praktisch für gewisse Staaten eine Behinderung ihrer Souveränitätsausübung bilden. Die italienische Regierung sei ähnlicher Ansicht, wenn sie meine, daß die Bedingung absoluter Gleichheit unter den Staaten der Vereinigung die letzten Unterschiede zwischen Siegern und Besiegten aufhebe.

In dieser Hinsicht gebe Großbritannien dem allgemeinen Empfinden Ausdruck, indem es die Aufmerksamkeit der Völker Europas von den Feindseligkeiten der Vergangenheit auf die gemeinsamen höheren Interessen lenke.

## Erklärungen des Reichsaussenministers vor der Weltpresse.

Genf, 9. September.

Reichsaussenminister Dr. Curtius empfing gestern abend die Vertreter der Weltpresse. Er betonte, daß die deutsche Regierung von Anfang an eine positive Stellung zu dem Gedanken einer europäischen Kooperation eingenommen habe und daß ihre kontinuierlich besorgte Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Förderung des Friedens von jeder künftigen Regierung werde fortgesetzt werden müssen. Es sei das Verdienst Briands, den Europagedanken aus der Späthe der privaten Propaganda in den Bereich verantwortlicher Regierungsvorhaben zu haben. Damit sei der Weg einer zwar langsamen, aber organischen Entwicklung vorgezeichnet.

## Eröffnung der 60. Tagung des Völkerbundesrates.

Genf, 9. September.

Der Völkerbundesrat hat gestern vormittags seine 60. Tagung mit der üblichen nichtöffentlichen Sitzung begonnen, in der er seine vorläufige Tagesordnung billigte und sich mit internen Budget- und Personalfragen beschäftigte.

Die erste öffentliche Sitzung wurde vom Vizepräsidenten Zumeta (Venezuela) eröffnet. In der Zusammenkunft des Rates sind einige Änderungen eingetreten. Japan ist durch den Pariser Gesandten Yoshigawa, Kanada durch den Minister Borden vertreten. Der finnische Außenminister Procopé erstattete den

## Palästinabericht

der Mandatskommission. In der Entschließung, die Procopé dem Rat zur Annahme vorschlug, wird die englische Regierung ersucht, zur Wiederherstellung des Friedens in Palästina Maßnahmen gemäß den Vorschlägen und Anregungen der Mandatskommission zu ergreifen. Der englische Außenminister Henderson erklärte sich mit dem Bericht Procopés einverstanden und bestätigte, daß kein allgemeines Verbot der jüdischen Einwanderung nach Palästina erlassen, sondern lediglich eine vorübergehende Beschränkung der Einwanderung aus politischen Gründen angeordnet gewesen sei. Henderson billigte den von Procopé vorgelegten Entschließungsentwurf und kündigte an, daß die englische Regierung nach Prüfung des Berichtes des nach Palästina entsandten Sachverständigen Simpson eine ausführliche Erklärung über ihre Absichten hinsichtlich der künftigen in Palästina zu befolgenden Politik ausarbeiten und den Mitgliedern des Völkerbundesrates übermitteln werde.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurden die Arbeiten des Komitees zur

## Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels

erörtert, über die der persische Delegierte Bericht erstattete. Seine Ausführungen wurden ohne weitere Aussprache genehmigt, nachdem sowohl der Berichterstatter als auch der Vertreter Japans in

Namen ihrer Regierungen zugesagt hatten, daß die vom Völkerbund nach Wien entsandte Studienkommission volle Unterstützung finden werde.

## Arbeiten der 32. Tagung des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes im Juni 1930

Berichtete Reichsaussenminister Dr. Curtius. Der Bericht, der u. a. die Frage der Aufhebung der Schutzzölle, insbesondere des Alkoholschutzes, sowie des Walfischzuges behandelt, wurde angenommen. Auf Antrag von Dr. Curtius wurde beschlossen, die von den Vertretern Kanadas, Finnlands und Perus dazu gegebenen Anregungen mit dem von ihm erstatteten Bericht an die Regierungen weiterzugeben.

Ohne Aussprache wurde dann weiter der Bericht über die Wechsel- und Scheckrechtskonferenz, den gleichfalls Dr. Curtius erstattete, angenommen.

Nachdem der Rat noch den Vorschlag der finnischen Regierung, dem Haager Gerichtshof den Charakter einer Berufungsinstanz bei internationalen Schiedsprüchen zu verleihen, an die Vollversammlung weiterzuleiten beschlossen hatte, wurden die Beratungen vertagt.

## Unterredung über die Zurückziehung des Bahnschusses im Saargebiet.

Genf, 9. September.

Wie wir erfahren, wird heute vormittag eine erste Besprechung zwischen Dr. Curtius und dem französischen Außenminister Briand stattfinden. Die Begegnung trägt privaten Charakter; doch ist anzunehmen, daß zwischen den beiden Ministern eine Reihe von politischen Fragen besprochen werden, darunter auch die Frage der Zurückziehung des Bahnschusses im Saargebiet.

Wie bei den früheren Völkerbundtagungen meist auch diesmal eine Abordnung von Vertretern der politischen Parteien des Saargebietes hier. Der Abordnung gehören wie früher u. a. an Kommerzienrat Röschling, die Landesratsmitglieder Schmeizer und Leuwer und Gewerkschaftsführer Kiefer.

wie sie zum Gelingen des Planes notwendig sei. Man habe sich in der letzten Konferenz über die Form der weiteren Behandlung der Angelegenheit zwar unterhalten, sei aber der Ansicht gewesen, daß der Vorschlag der Zusammenfassung in dieser Hinsicht nicht vorgezogen werden dürfe. Das Projekt werde vornehmlich zunächst in der Bozener Konferenz und sodann im politischen und im wirtschaftlichen Ausschuss eingehend beraten und einem Studienkomitee übergeben werden, so daß man sich voraussichtlich im nächsten Jahre aufs neue mit der Frage beschäftigen werde.

Dr. Curtius sprach auf die Bedeutung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit hin, die, trotz der Rückschläge durch die Weltwirtschaftskrise, unter der Deutschland ganz besonders leidet, sich in fortgeschrittener Entwicklung befindet. Er begrüßte die Ansätze zur Zusammenarbeit auf agrarpolitischen Gebiet, wie sie in den Konferenzen von Smolna, Bukarest und Warschau zum Ausdruck kommen und begrüßte eine Eingliederung der für Industrieprodukte besonders aufnahmefähigen südosteuropäischen Staaten und die wirtschaftlichen und Kulturaufbeziehungen innerhalb Europas.

**Notverordnung und Krankenschw. Berlin, 9. September.**

In der Presse ist in letzter Zeit wiederholt über Fälle berichtet worden, in denen Verletzte dadurch schweren Schäden an Leben und Gesundheit erlitten haben sollen, daß auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Krankenversicherung vor Ausstellung des für die Behandlung notwendigen Krankenscheins die Zahlung der Gebühre von 50 Pf. verlangt worden sei. In einem Falle, der sich bei einer Berliner Betriebskrankenkasse zugetragen hat, soll die Verzögerung der Behandlung, die hierdurch herbeigeführt wurde, den Tod eines jungen Mädchens verursacht haben. In einem anderen Fall in Ramensy sollen Kinder, die schwer an Typhus erkrankten, nur dadurch gerettet worden sein, daß ein Arzt die Behandlung ohne Krankenschein übernahm.

Diese Nachrichten sind geeignet, Verwirrung in den Kreisen der Versicherten anzurichten. Es ist nicht richtig, daß nach der Notverordnung die Ausstellung eines Krankenscheins anstandslos bis zur Zahlung der Gebühr verweigert werden muß. Das Reichsversicherungsamt hat bereits in einem Rundschreiben vom 2. August d. J. die Vorschriften der Krankenkassen darauf hingewiesen, daß die neue Gebühr keine Voraussetzung für die Gewährung der Krankenkasse bildet, sondern nur ein Sonderbeitrag des Versicherten ist, der vor allem in dringenden Fällen auch nachträglich entrichtet werden kann.

**Die sächsische Industrie zur Reichstagswahl. Dresden, 9. September.**

Der Gesamtverband des Verbandes sächsischer Industrieller hat in einer Sitzung vom 5. September die Lage der sächsischen Wirtschaft, die sich von Tag zu Tag verschärft, besprochen. Die Arbeitslosigkeit ist fast doppelt so hoch wie im Reichsdurchschnitt. Eine der Hauptursachen zu rechnen, gab es in Sachsen Mitte Juli 300 000 Arbeitslose, Ende August bereits 417 000. Die Zahlen steigen weiter, und sobald der erste Frost kommt, werden wir in Sachsen eine halbe Million Arbeitslose haben. Täglich werden wir durch neue Entlassungen unbekanntes Firmen erschreckt, die wir jetzt mit dem sicheren Bestand sächsischer Wirtschaft anzuweisen gewöhnt

waren. — Der Gesamtverband des Verbandes sächsischer Industrieller beschloß gerade in diesem Augenblick vor den Reichstagswahlen noch einmal vor aller Öffentlichkeit auf die Gründe hinzuweisen, die die allgemeine Wirtschaftslage für Sachsen besonders verschlimmern und die umzingeln, besonders die Arbeitslosigkeit zu fördern. Noch mehr als im übrigen Deutschland ist es in Sachsen geboten, daß ein ununterbrochener Abbau der Produktionskosten erfolgt. Sachsen arbeitet infolge verfehlter Wirtschaftspolitik zu teuer. Wir fordern Senkung der Steuern, damit die Kapitalbildung wieder ermöglicht wird. Wir fordern zugleich die Entlastung der Ausgaben im Reich, Ländern und Gemeinden durch äußerste Sparnsamkeit, die nunmehr alles hinter sich lassen muß, was bisher Jagd auf Sparmaßnahmen und Sparmaßnahmen geleistet worden ist. Wir fordern eine Senkung der Soziallasten.

Es ist jetzt gekommen, daß wegen der Höhe der Löhne Auszüge nach Sachsen nicht mehr geleistet werden können. Wir haben also zu wählen zwischen einer Senkung der Produktionskosten und einer weitergehenden Arbeitslosigkeit. Gezielte Entlastungen, die einer notwendigen und unvermeidlichen Wirtschaftsentwicklung entgegenstehen, müssen durch den neu erwachten Reichstag die notwendige Verbilligung erfahren.

Von der Reichsregierung und von der Reichsverwaltung fordert die sächsische Industrie aber insbesondere:

daß die Konzentration der öffentlichen Gelder in Berlin vermindert wird, daß Sachsen eine ausreichende Vertretung in Verwaltungsrat der Reichsbahn erhält, daß Reichsbahn und Reichspost, die jetzt bei der Berechnung ihrer Ausgaben dem Wort „Preiserhöhung“ in den Vordergrund stellen, durch ihre Frachten- und Bedienungskosten zu vermeiden, vielmehr soweit irgend möglich auch ihrerseits auf eine Herabsetzung dieser Faktoren hinwirken, daß Sachsen im Reichswirtschaftsrat und in dessen Ausschüssen eine ausreichende Vertretung erhält, damit bei der Beratung wirtschaftlicher Maßnahmen, insbesondere auch bei der Revision unserer Zollgesetze, die sächsischen Interessen nicht wie bisher zu kurz kommen. Durch die Teilnahme sächsischer Vertreter an den Handelsvertragverhandlungen und die ausreichende Berücksichtigung der sächsischen Wünsche würde die sächsische Exportindustrie manche Arbeitsmöglichkeiten erhalten können. Die möglichst schnelle Regelung der handelspolitischen Verhältnisse mit den für Sachsen wichtigen ost- und südosteuropäischen Ländern würde ebenfalls beträchtliche Arbeitsmöglichkeiten erschließen.

Obwohl wir das Reich unsere Industrie im Ausland vor den Gefahren hohen politischen Risikos nicht, ist es bei der letzten mit großer Schnelligkeit sich immer weiter zu unseren Ungunsten verlaufenden Entwicklung in Sachsen notwendig, Vorbeugungs- und Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, die der Wirtschaft auch gegenüber dem innenpolitischen Risiko den nötigen Schutz gewähren. Das mit innen- und außenpolitischen Lasten überbürdete Teutschland darf es nicht dulden, daß eines seiner lebenswichtigsten Arbeitsgebiete brachgelegt wird und verödet!

**Der Bombenlegerprozeß. Altona, 9. September.**

In der gestrigen Verhandlung des Bombenlegerprozesses wurden die Zeugen der An-

klagen in Oldenburg, Riebau und Lüneburg vernommen. Sie schildern die durch die Aufhänge verursachten Schäden, die sie auf mehrere tausend Mark bezifferten. Besonders interessant war die Vernehmung des Landrats Stalweit aus Riebau, dem die Bombenleger in der Nacht vom 10. Juli 1929 eine Sprengkugel in die Wohnung gelegt haben. Hinsichtlich der ihm vorgeworfenen Hilfe bei Sicherungseinstellungen erklärte der Zeuge, das Gegenteil sei richtig. Er habe mit Vorbeugungen des Landvolkes, denen auch einige der jetzigen Angeklagten angehörten, mehrfach eingehend die Lage besprochen, um den Leuten nach Kräften zu helfen. Daß in Einzelfällen die Aufgaben nicht ausübten, ist, heißt für den Zeugen außer Zweifel, aber eine allgemeine Unfähigkeit der Landwirte zum Sprengstoff überhaupt bestreitet er, wenn er auch die in der Zeit der Zeit beizubehalten Schwierigkeiten in vollem Umfang würdigt.

Während der Verhandlung wurde der Presse Gelegenheit gegeben, die in der Lüneburger Krankenkasse gefundene Hakenmaschine in Augenschein zu nehmen. Man hatte den Eindruck, daß diese Sprengkugel, wenn sie etwa in einen Koffersack oder in einen Schornstein gelegt worden wäre, furchtbare Verheerungen hätte anrichten können.

Der Berliner Kriminalkommissar Dr. Brachwitz, der zur Unterföhung gerufen war, als die Vorverfahren bereits einen gewissen Abschluß erlangt hätten, sagte als Zeuge aus, auf dem Boden des Angeklagten Vids habe er ein Waffenlager gefunden, das angeblich von Volkstruppen zurückgelassen worden sei. Die Verpackung bestand aus Zeitungen des Jahres 1926, doch wurde ihm gesagt, die Sachen seien umgepackt worden. Vids gab zu, bei einem Bekannten (Vid) wegen Verkauf der Waffen verhandelt zu haben. Am 22. September ist Brachwitz dann auf die Spur der Bombenhersteller Kapfenberg und Schmidt gelangt. Schmidt wurde am 24. Oktober verhaftet. Er legte ein Geständnis ab und zeigte in seinem Atelier, wie man dort gearbeitet habe. Das Sprengmaterial sei von Kapfenberg geliefert worden. Der Zeuge schilderte dann, wie die einzelnen Bombenleger entlarvt worden sind. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß die Geschäftsnisse der Angeklagten durchaus ernst zu nehmen sind und ein wahrheitsgetreues Bild der Verhältnisse geben.

Einen dritten Mann nahmen dann noch Ermittlungen von Anzeigen und Ermittlungen aus dem Publikum ein, durch die alle möglichen Personen verdächtigt wurden, u. a. auch der englische Oberst Lawrence.

Nachmals wurde darauf Dr. Rasur gehört, gegen den Rechtsanwalt Dr. Brandes die Beschuldigung erhoben hat, er habe den Angeklagten Hilberg in seinen Auslagen bezüglich Reklams beeinflusst. Die Beschuldigung hat sich nicht aufrecht erhalten. Abwärts Schwanke in seiner Aussage soll sich damals nur auf den Punkt bezogen haben, ob Reklams beim Verladen der Waffen geschehen sei.

Darauf wurde die Weiterverhandlung auf heute Dienstag vertagt.

**Um die Bata-Schuhfabrik in Oberschlesien. Berlin, 9. September.**

Der Zentrumsabgeordnete Lange-Dittelbach hat im Preussischen Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht: „Zeitungsnotizen zufolge soll die preussische Staatsregierung beabsichtigen, den Kleinwaid-

an den sächsischen Schuhindustriellen Bata zur Errichtung einer Schuhfabrik zu verkaufen. Damit würde sich die preussische Staatsregierung in Gegensatz zu den wiederholten Versuchen der Zentrumsfraktion stellen, die einen härteren Schutz der deutschen Schuhindustrie, des Schuhwaren-einzelhandels und des Schuhmacherhandwerks gegenüber der ausländischen Schuhindustrie zu fordern. Besonders für unsere gefährdeten sächsischen Betriebe würde sich die Bata-Niederlassung geradezu katastrophal auswirken. Auch die Arbeiter müssen bei Bata zu Bedingungen arbeiten, die sowohl dem Lohn als der Arbeitsweise nach für sie sehr ungünstig sind. Der ortsansässige Handel und das Gewerbe haben von einer Bata-Niederlassung keinen Vorteil, da Bata die gesamte Versorgung seiner Belegschaft mit den wichtigsten Lebensbedürfnissen übernimmt und die Arbeiter zwingt, nur bei ihm zu kaufen. Schon jetzt macht Bata den Schuhgeschäften und dem Schuhmacherhandwerk in den Grenzgebieten schimmere Konkurrenz. Ist er einmal eine deutsche Fabrik, so sind die wirtschaftlichen Folgen nicht abzusehen. Es wäre deshalb unverständlich, wenn gerade die preussische Staatsregierung zu einer solchen Maßnahme die Hand bieten würde. Ich frage: Sind die Zeitungsnotizen richtig? Wenn ja, ist das Staatsministerium bereit, eine begonnene Verkaufsverhandlungen mit der genannten ausländischen Firma sofort abzubrechen?“

Berlin, 9. September.

Wie das Nachrichtenbüro des V.D.B. von uninformierter Seite hört, sind die Bedingungen, die der preussische Staat der Bata-Gruppe für die Errichtung einer Niederlassung dieses großen sächsischen Schuhfabrikanten in Oberschlesien aufgelegt hat, insbesondere zum Schutze des sächsischen Handwerks, ferner in sozialpolitischer Hinsicht, sowie zur Vermeidung der Gefahr einer Überfremdung mit leitenden sächsischen Angestellten so schwer, daß angenommen sein wird, daß sie für die Bata-Gruppe nicht tragbar sein werden. Man glaubt in ununterrichteten Kreisen, daß der ursprüngliche Plan des Staatsvertrages zwischen Preußen und dem Bata-Konzern an diesem von der preussischen Staatsregierung im Interesse des oberhalbigen wie auch des gesamtdeutschen Handwerks und Handels für notwendig gehaltenen Bedingungen scheitern werde.

**Baden verbietet Versammlungen unter freiem Himmel für vier Tage. Karlsruhe, 9. September.**

Das Ministerium des Innern hat auf Grund von Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung für die Zeit vom 12. bis einschließlich 15. September für das Land Baden alle Versammlungen unter freiem Himmel (Lanzüge und Kundgebungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, An- und Abmarsch von und zu Versammlungen, die Benutzung von Kraftwagen zu sogenannten Propagandafahrten) verboten. Versammlungen gesellschaftlicher Art, soweit sie harmlos sind und ohne besonderen politischen Charakter sind, werden durch diese Verordnung nicht betroffen.

**Verbot der nationalsozialistischen Uniform in Hamburg. Hamburg, 9. September.**

Im Zusammenhang mit den schweren politischen Zusammenstößen vom Sonntag hat die Hamburger Polizeibehörde eine Verordnung erlassen, nach der das öffentliche Tragen der Parteiuniform der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen verboten wird.

**Die älteste Stadt der Neuen Welt. (Zur Inspektion Santo Domingos.)**

Santo Domingo, die Hauptstadt der Republik gleichen Namens auf der Insel Haiti, die jetzt durch einen Wirbelsturm fast vollkommen zerstört wurde, ist die älteste Stadt der Neuen Welt. Sie wurde am 4. August 1496 von Bartolomäus Colon gegründet und hat so manche Katastrophe überstanden, so daß sie auch diesmal für ihr glückliches Wiederaufstehen aus der Asche hoffen dürfen. Zerstörungen und Entbehrungen wechselten miteinander ab, wie in überhaupet die Geschichte der Insel erfüllt ist mit furchtbaren Naturkatastrophen und blutigen Revolutionen. Die Spanier hatten bei der Uebernahme der Insel ihren indianischen Namen Haiti in Santo Domingo umgewandelt, wie auch die Hauptstadt getauft wurde, aber seit 1844 heißt nur noch der größere östliche Teil Santo Domingo, der ebenso wie der andere, den Namen Haiti behaltende Teil eine selbständige Republik wurde. Zum Unterschied von Haiti, wo die Bevölkerung zu mehr als 90 Proz. aus Negern besteht, heißt Santo Domingo auch die „Weißenrepublik“, denn hier wohnen Menschen jeglicher Abstammung mit Europäern zusammen. Es ist ein mehrstädtiges Paradies und Raffengewicht. Die Weißen bilden etwa ein Drittel der Bevölkerung, daneben stehen die dunkleren Mulatten und die helleren Kreolen, die gelblichen Negizen, und in den Städten viele Türken und Syrer. Die Stadt Santo Domingo, die über 30 000 Einwohner hatte, war außerordentlich schön gelegen; sie erhob sich mit ihren verschlungenen Mauern und Türmen, die von ihrem ehemaligen Festungscharakter noch Kunde gaben, malerisch auf einer Höhe an der Südküste der Insel, aus einer fruchtbaren Ebene, die an der Mündung des schiffbaren Ojama liegt. Kleine Schiffe konnten bis nahe an die Stadt fahren, während die größeren auf den oft überfüllten Treppen anlanden mußten. Das schloße und älteste Bauwerk ist die Kathedrale, ein majestätischer Dom, der von den Spaniern von 1514 bis 1540

errichtet wurde, und in dem sich ein Vierteljahrtausend des Orab des Kolonialismus befindet, bis dann 1795 nach der Besetzung der Insel durch die Franzosen die Gebäude des Erdbebens fortgeführt wurden. Die Stadt hatte gerade, bevor sie jetzt so schwer heimgesucht wurde, eine moderne Wasserleitung und Kanalisation erhalten. Sie hatte in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen im Zusammenhang mit der Einführung der Verwaltung durch die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Mulattenrepublik war in ihrer kurzen Geschichte beständig von Revolutionen und Bürgerkriegen erschüttert; außerdem bestand im Innern ein Räuberwesen, das jede Reise gefährlich machte. Als der Staat nun 1904 völlig zusammenbrach und bei 1,8 Millionen Dollar Einnahme 32 Mill. Dollar Schulden hatte, da führte Präsident Roosevelt eine Geschäftsanstalt durch, welche die Verwaltung der Steuern mit einschloß. Die strenge amerikanische Verwaltung gestiel den Bewohnern gar nicht, und als sie durch eine neue Revolution sich selbständig zu machen suchten, erfolgte 1916 die militärische Besetzung. 1924 wurde die verfassungsmäßige Regierung wieder hergestellt, aber die Vereinigten Staaten behielten die Oberaufsicht und werden jetzt auch großartige Hilfsmaßnahmen durchführen. Das Land dürfte sich von der Zerstörung durch den Wirbelsturm bald wieder erholen, denn man hat mit Recht gesagt, daß kein Land der Erde die Insel Haiti an Fruchtbarkeit übertrifft. Ausgeführt werden besonders Zucker, Kakao, Kaffee und Tabak. Die Stadt Santo Domingo ist der Mittelpunkt der großen Zuckerpflanzungen, deren Erträge in 20 modern eingerichteten Fabriken verarbeitet wurden. Von hier strahlen auch die Eisenbahnen aus, die nach allen bedeutendsten Hafenorten der Republik führen. Der Kraftwagen hat nämlich in Santo Domingo die Höhenbahn fast völlig verdrängt.

In Staatlichen Ausstellungsbüro (Waldstraße 34) ist eine Ausstellung „Neue Wege“

eröffnet worden. Die Ausstellung wurde von einem Spezialkomitee des japanischen Kunsthandwerks, Herrn Selig Tzi-ku (Berlin) im Bande selbst zusammengestellt und wird zum erstenmal in Deutschland gezeigt. Sie enthält Lack- und Holzarbeiten, Keramik und Textilien. Geöffnet: Sonntags von 10 bis 1 Uhr, Dienstags und Donnerstags von 12 bis 7 Uhr, die übrigen Wochentage von 9 bis 1 Uhr. Eintritt frei. **Verbleib der Hölzer. Sonderausstellung im Museum für Tierkunde.** Aus Anlaß der Tagung des Hauptverbandes Deutscher Höhlenforscher in Dresden best. das Museum für Tierkunde die charakteristischsten Höhlenfunde aus. Bei den ersten Höhlenfunden wird besonders auf die Anpassungen an den Mangel hingewiesen, also auf das Fehlen der Augen und der Föhre, auf die Verlängerung der Föhre und die in der Regel auf die Kleinheit der weissen Krallen. Neben den echten Höhlenfunden steht man ihre oberirdisch lebenden Verwandten. Von den regelmäßig in Höhlen an den Erdbereichen lebenden „Höhlenmenschen“ unter den Tieren sind einige Schmetterlinge, die Föhrenkäse und die in den härtesten Höhlen lebenden Bielen besonders zu erwähnen. Infalligste der Hölzer bilden den Schatz der Ausstellungen.

Der neue Vorstand des Bundes Deutscher Architekten. Auf dem gestern abgelaufenen 27. Ordentlichen Bundeskongress des Bundes Deutscher Architekten in Dresden wurde der bisherige Vorstand fast vollständig wiedergewählt. In Stelle des Vorsitzenden Dr. Prof. Lehmann-Berlin, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, wurde Architekt Dr. Regierungsbaumeister a. D. Kallmeyer-Halle a. d. Saale gewählt. Der Vorstand besteht nunmehr aus dem Vorsitzenden Dr. Prof. Dresden als Ehrenpräsident, Prof. Dr. Kreis-Dresden als Präsident, sowie den Beisitzern Prof. Helmreich, Dr. Köder-Stuttgart, Prof. Schmitt-Berlin, Prof. König-München, Kallmeyer-Halle, Kröger-Hannover, Prof. Voelgel-Berlin, Schneider-Offen und dem Leiter der Hauptverwaltung Dr. Guber-Berlin.

Einführung von Werken im Reich. Der Allgemeine Deutsche Kunstverein hat bekannt, daß Werke, welche beim Londoner Kongress 1921 des Allgemeinen Deutschen Kunstvereins

zur Aufführung gelangen sollen, bis zum 25. September unter Vorlegung von Akten beim Schriftführer Hermann Bischof, Berlin NW 87, Lessingstraße 7, III, einzureichen sind.

Unterstützung von Volkshilfsvereinen. Fünfzigtausend Bände (Bücher und Jugendbüchlein) stellt die Gesellschaft für Volksbildung (Berlin NW 40, Vilmersdorfer Str. 21) aus der von ihr verwalteten Ricker-Stiftung unentgeltlich zur Verfügung. Von den gebundenen Büchern ist in der Regel der Einband zu entschädigen, einige Bücher werden auch völlig unentgeltlich abgegeben. Die Stiftung besteht seit 1908 und hat bis Ende des letzten Geschäftsjahres 1928 Bücherwerte mit 210 183 Büchern erwirbt. Im letzten Geschäftsjahr allein wurden Bücher im Werte von 53 603 M. an 699 Bücher abgegeben.

Frauenpflege bei Prüfungen. Die außerordentlichen Erfolge, die die französischen Studenten bei den letzten Prüfungen errungen haben, haben den männlichen Geschlecht einen großen Schaden eingebracht. Der französische, der ja immer noch auf seine Überlegenheit über das andere Geschlecht pocht und den Frauen noch nicht einmal das politische Wahlrecht zugestanden hat, gelangt allmählich zu der Überzeugung, daß die Frauen bei völlig freier Wettbewerb den Männern immer mehr Beachtung entgegenzubringen werden. Das ist ja in gewisser Hinsicht bereits der Fall. Frankreich wird schon nicht mehr hauptsächlich von Männern regiert, sondern die Weiblichkeit hat in den öffentlichen Ämtern schon Fuß gefaßt. Man sucht das dadurch zu erklären, daß die begabten Männer sich mehr und mehr vom öffentlichen Dienst abwenden, weil er ihnen nicht genug Ausichten und Einnahmen gewährt, und sich mehr der Industrie und privaten Gewerbebetrieben zuwenden. Wie dem auch sei, die Erweiterung der öffentlichen Stellen scheint fort, und man hat sich in jüngerer Zeit nur dadurch retten können, daß man den Frauen die Zulassung zu den Prüfungen für Poßen in einigen wichtigen Ämtern der Verwaltung verweigerte.

Die Freiheit der Luft. Bei dem internationalen Weltkongress, der jetzt in New York tagt, wurde auch das Problem der Freiheit der Luft eingehend

Rundgebungen des polnischen Westmarkenvereins.

Warschau, 8. September. In verschiedenen polnischen Städten, so in Posen, Bromberg und Gnesen, Radom, Kowno und Larnow sowie in den Ostseehäfen des Dombrowaer Bergwerkes...

Gegenrevolution in Argentinien?

New York, 9. September. Die „Associated Press“ teilt mit, daß sie am Abend aus Buenos Aires in rascher Folge mehrere telegraphische Telegramme erhielt, nach denen die argentinische Flotte das Regierungsgebäude in Buenos Aires bombardiert habe...

Der neue Präsident von Argentinien.

Buenos Aires, 9. September. General Urquiza hat gestern als Präsident der provisorischen Regierung den Eid auf die Verfassung geleistet. Die Amtszugbewegung in Argentinien wachte zunächst, wie wir von unrichtiger Stelle hören, gewisse Unklarheiten an, die innerhalb des Heeres überwinden...

Strofenläufe in Buenos Aires.

New York, 9. September. „Associated Press“ meldet aus Montevideo: Ingeachtet härtester Zensur, die während der Nacht über alle aus Buenos Aires ausgehenden Kabeltelegramme verhängt wurde, wird hier bekannt, daß sich gestern Abend in Buenos Aires blutige Kämpfe abgepielt haben.

Unruhen in Südbrasilien.

New York, 9. September. Die „Associated Press“ aus Montevideo berichtet, daß die Regierung von Uruguay in der Nacht die offizielle Nachricht erhalten, daß in dem brasilianischen Staat Rio Grande do Sul eine revolutionäre Bewegung im Gange sei.

Neuer Zwischenfall in Indochina.

Paris, 9. September. Die die Agentur Indopacifique aus Hanoi in Indochina meldet, daß die Polizei in der Nacht zum Sonntag in einem Hause der Schlupfwinkel einer revolutionären Gruppe entdeckt. Drei Männer und zwei Frauen, die die eindringende Polizei mit Revolvern empfangen, wurden festgehalten.

Unhaltbare Lage des Stützpunktes der Kwangsi-Truppen.

Dongkong, 9. September. Laut Meldungen aus der belagerten Stadt Manning, dem stärksten Stützpunkt der Kwangsi-Truppen...

Aus der Landeshauptstadt.

Städtebau und Wohnungs-Hygiene-Woche.

Das Städtebau-Seminar der Technischen Hochschule Dresden veranstaltet in Verbindung mit der Sächsisch-Thüringischen Arbeitsgemeinschaft der freien Deutschen Akademiker des Städtebaus eine Städtebau- und Wohnungs-Hygiene-Woche. Gestern vormittag wurde die Reihe der Vorträge im Hörsaal des Baumingenieurhauses der Technischen Hochschule eröffnet.

Die Einbürgerungen im Monat August.

Zu der Feuerbestattungsgesellschaft wurden im Monat August 3.244 Personen eingewürgelt, und zwar 134 männlichen und 110 weiblichen Geschlechts. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 32.160 Einbürgerungen.

Lebensmüde.

Am Sonntag nachmittag wurde eine auf der Wallstraße wohnhafte 46-jährige alte Straßenbahnfahrerin, am Sonntag vormittag eine auf der Straßburger Straße zur Unterwelt gewanderte 27-jährige Rentierin und am Sonntag mittags ein auf der Marktstraße wohnhafter 39-jähriger Kaufmann gestorben.

Reicher Tod.

Am Sonntag nachmittag wurde der 35-jährige Richter der Kammer des bürgerlichen Standesgerichts während der Nacht ein letztes Mal nach dem Leben geschickt, der den folgenden Tag des Todes erlitten hatte.

Sächsische Landesbibliothek.

(Japanisches Palais.) Geöffnet werktäglich von 1/10-2 und 4-7 Uhr. Die vom 8. bis 13. September im Besonderen angeordneten Neuerwerbungen. (Verzeichnis Nr. 23, 1930/31.)

2. Rajawitschinskaja. Rajastan.

Reichhaltige Beiträge zum Leben und Schaffen nach Dokumenten des Reichsarchivs von Schermer. (Blatt. ma. A. 4198/4/160, 6.)

Wagner, Der Ring d. Nibelungen.

Mit einer Einlage von Sternbild und vielen Notenbeispielen. (Blatt. ma. A. 5876/323.)

8. Bildende Kunst.

Bianchi-Baubinelli, Savona. (4. 4. 220.) Raverau und Biegand, Bergamo. Die Paläste d. Hochburg. (Archaeol. 60m, 5, 1.)

9. Geschichte.

Wagner, Der Ring d. Nibelungen. Mit einer Einlage von Sternbild und vielen Notenbeispielen. (Blatt. ma. A. 5876/323.)

Cassel, Geschichte der Stadt Cassel.

1. (Z. 8. 3920.) v. Kardorff, Im Kampfe um Bismarck. (4. 8. 2169.)

11. Mathematik und Naturwissenschaften. Medizin. Technik.

Schöde, Beiträge zur Funktionentheorie in nicht-archimedisch bewerteten Körpern. (Z. 8. 2078, 2.)

12. Belletristik.

Krumboltz, Kirwana. Eine Studie über synthetisches Bewußtsein. (4. 8. 2162.)

2. Rajawitschinskaja. Rajastan.

Reichhaltige Beiträge zum Leben und Schaffen nach Dokumenten des Reichsarchivs von Schermer. (Blatt. ma. A. 4198/4/160, 6.)

10 Jahre Versailles.

10 Jahre Versailles. Dtsch. von u. Lisch und Boehm. 3. Die grenz- u. völkerrechtlichen Folgen des Friedensschlusses. (3. 8. 3065.)

18. Geographie.

R. J. Schneider, The port of Hamburg. Z. 8. 1541, 1.)

19. Geographie.

Brand, Reine Geographie. (4. 4. 120, angeb.)

11. Mathematik und Naturwissenschaften. Medizin. Technik.

Schöde, Beiträge zur Funktionentheorie in nicht-archimedisch bewerteten Körpern. (Z. 8. 2078, 2.)

10 Jahre Versailles.

10 Jahre Versailles. Dtsch. von u. Lisch und Boehm. 3. Die grenz- u. völkerrechtlichen Folgen des Friedensschlusses. (3. 8. 3065.)

19. Geographie.

R. J. Schneider, The port of Hamburg. Z. 8. 1541, 1.)

19. Geographie.

Brand, Reine Geographie. (4. 4. 120, angeb.)

11. Mathematik und Naturwissenschaften. Medizin. Technik.

Schöde, Beiträge zur Funktionentheorie in nicht-archimedisch bewerteten Körpern. (Z. 8. 2078, 2.)

12. Belletristik.

Krumboltz, Kirwana. Eine Studie über synthetisches Bewußtsein. (4. 8. 2162.)

19. Geographie.

R. J. Schneider, The port of Hamburg. Z. 8. 1541, 1.)

19. Geographie.

Brand, Reine Geographie. (4. 4. 120, angeb.)

19. Geographie.

Brand, Reine Geographie. (4. 4. 120, angeb.)

19. Geographie.

Brand, Reine Geographie. (4. 4. 120, angeb.)

19. Geographie.

Brand, Reine Geographie. (4. 4. 120, angeb.)

# Nus Sachsen.

## Zum Mord in Kleinröhrsdorf. Der verdächtige Jahrgang.

Bei der Suche nach dem unbekanntem Knabenmörder ist der Kriminalpolizei folgendes bekannt geworden: Am Abend des 25. August ist eine Frau aus Dresden mit ihrem Kinde 19.30 Uhr von Kamenz mit der Eisenbahn nach Dresden gefahren. Nach einem Aufenthalt in Rindorf hat der Zug 20.38 Uhr Radeberg passiert. Kurz nach Verlassen dieses Bahnhofes, so teilt die Frau mit, sei eine etwa 60 Jahre alte Dame in ihr Abteil gekommen, die aus Furcht vor einem jungen Mann das Abteil verlassen habe. Der verdächtige Mann sei in Radeberg zugeflogen und habe sein Gesicht zunächst hinter einer Zeitung verborgen. Im Bahnhof Wettinerstraße sei die Dame ausgestiegen. Auch das Abteil der Knabenmörder habe sich dort noch nach Verlassen des Radeberger Bahnhofes geöffnet habe, sei leer gewesen. Zweifellos habe er den Zug nicht nach dem Bahnhof zu verlassen. Nach den bisherigen Feststellungen kann es sich um den noch unbekanntem Kleinröhrsdorfer Mörder handeln. Für die Klärung des Verbrechens ist die Befragung der alten Dame durch die Kriminalpolizei von größter Wichtigkeit. Die Dame wird gebeten, ihre Ansichten dem Kriminalamt nach Nummer 132 mitzuteilen. Auf die Befragung von 600 Mann, die für Ermittlung des Täters ausgelegt ist, wird hierbei nochmals hingewiesen.

## Landes-Samaritertag in Pirna.

Vom 6. bis 8. September fand in Pirna die 17. Verbandstagung des Landes-Samariter-Bundes Sachsen statt. Am Sonnabend begann die Tagung mit einer Sitzung der Landes-Bezirksleitung und einer Geschäftsprüfung des Landes-Samariter-Bundes. Oberbürgermeister Dr. Gaisch überbrachte die Grüße und Wünsche der Stadt Pirna. Für die Amtshauptmannschaft sprach Regierungsrat Dube. Der Sonntag wurde eingeleitet mit einer Uebung der Samariter und Samariterinnen. Die Uebung gelang vollkommen. Die eigentliche Verbandssammlung wurde am Sonntagvormittag eröffnet. Unter ten Ehrengästen waren zu bemerken Geheimrat Prof. Dr. Thiele, Dresden, als Vertreter der Staatsregierung, Kreisamtmann Bück, Regierungsrat Dube als Vertreter der Amtshauptmannschaft, Oberbürgermeister Dr. Gaisch, Reichsbahnrat Ehrlich und Branddirektor Reihis, sowie der Vertreter des Landesvereins vom Roten Kreuz, Studienrat Rann, Weihen. Wie aus dem von Dr. Saupé erstatteten Geschäftsbericht hervorzugehen, gehören dem Verband gegenwärtig 66 Vereine mit 2239 aktiven Mitgliedern an. Im Jahre 1928/29 wurden im Verbandesgebiet etwa 300 000 erste Hilfeleistungen geleistet.

Hierauf sprachen Dr. jur. Börner, Leipzig, über „Verleumdungsfragen im Samaritertum“ und Regierungsmedizinalrat Dr. Lehmann, Pirna, über „Verbesserung im Samaritertum auf dem Lande“. Ein großer Teil der Tagungsteilnehmer besuchte die Internationale Ingenie-Ausstellung in Dresden.

## Vom Bezirksauschuss Pirna.

In der am 3. September unter Vorsitz von Reg.-Rat Dube stattgefundenen Bezirksauschussung nahm der Bezirksauschuss zunächst von einer Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der Erwerbstätigkeit Kenntnis. Wenn auch die Zahl der Erwerbstätigen zurückgegangen ist (Ende April 7242, Ende Juli 5084), bedeutet dies doch leider keine Verbesserung der Verhältnisse, weil dafür die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger (Ende April 1697, Ende Juli 2855) und der Wohlfaßrückenbesitzer (Ende April 1906, Ende Juli 1895) zugenommen sind. Der von einem Bezirksauschussmitglied gestellte Antrag auf Bereinstellung von 150 000 RM für Winterhilfsmassnahmen für Erwerbslose wurde dem Finanzanschuß zur Vorprüfung überwiesen. Ferner nahm der Bezirksauschuss von dem Ausgang der Verhandlungen mit dem Arbeits- und Wohlfahrtsministerium über den Wohnungsbau in Sychowitz im Rahmen des Reichswohnungsbauprogramms Kenntnis. Weiter hat der Vorsitzende, mit auf die Gemeindepolemik dahin einzuwirken, daß keine ungelegenen Beschlüsse im Sinne einer Anweisung des Gemeinderates auf Nichtdurchführung der Rotverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 gefaßt werden, da sonst langwierige Verfahren zur Aufhebung dieser Beschlüsse gemäß § 85 Gem. O. erforderlich würden. Der Stadt Rendsch wurde entgegen der Stellungnahme des Kreisausschusses der sächsischen Gemeinden die Genehmigung zur Aufnahme eines Darlehens von 60000 RM, zwecks Durchführung außerordentlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen genehmigt, jedoch mußte vom Vorsitzenden die Anweisung der Gemeindepolemik gegen diesen Beschluß gemäß der Ministerialverordnung vom 26. März 1930 angehängt werden. Das Gesetz der Stadt Heidenau zur Aufnahme eines Darlehens von 300 000 RM zur Durchführung eines neuen Wasserleitungsbauwerks fand einstimmig Genehmigung. Bei Besprechung der Wegebauangelegenheiten wurde immer wieder auf die Dringlichkeit der Arbeitsbeschaffung hingewiesen. Der Bezirksauschuss hat sich daher auch bereit erklärt, zwei Wegebauprojekte zu unterstützen, wenn diese auch durch Gemeinde und Staat entsprechende Förderung finden und die Gemeinden zur Tragung der ihnen entfallenden Lasten fähig sind. Die übrigen Beratungsgegenstände der öffentlichen Sitzung waren von geringerer, meist örtlicher Bedeutung.

## Arbeitslosigkeit und Reichsverforgung.

WK. In einem an die Hauptverforgungsdämmer gerichteten Erlaß bemerkt der Reichsarbeitsminister zur Befreiung von Zweifeln über die Genehmigung von Verforgungskrankengeld und Verforgungsbauarbeit für arbeitslose Kriegsbefähigte, daß Verforgungskrankengeld und Verforgungsbauarbeit arbeitslose Befähigte im günstigsten Falle nur bis zu dem Zeitpunkt gewährt werden dürfen, bis zu dem laut Arbeitslosenversicherungsgesetz die Arbeitslosenunterstützung gewährt werden müßte, wenn der Befähigte nicht erkrankt wäre. Diese Befreiung des Bezugs von Verforgungskrankengeld und Verforgungsbauarbeit ließe sich rechtlich nicht umgehen, weil mit Ablauf jener Frist das aus der Arbeitslosenunterstützung bestehende Einkommen kraft Gesetzes fortfallen würde, von einer Umkehrung des Einkommens durch die Erkrankung also nicht mehr die Rede sein kann.

geld und Verforgungsbauarbeit ließe sich rechtlich nicht umgehen, weil mit Ablauf jener Frist das aus der Arbeitslosenunterstützung bestehende Einkommen kraft Gesetzes fortfallen würde, von einer Umkehrung des Einkommens durch die Erkrankung also nicht mehr die Rede sein kann.

## Tagung der Maler und Lackierer in Bangen.

Auf dem 14. Sächsischen Maler- und Lackierertag in Bangen wurde nach einem Referat des Staatsministers a. D. Dr. Weber über „Bedeutung und Lage des Handwerks im Rahmen der Gesamtwirtschaft“ eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Der 14. Sächsische Maler- und Lackierertag in Bangen weist mit besonderem Nachdruck die Behörden und die Öffentlichkeit darauf hin, daß sich die Lage des sächsischen Maler- und Lackierergewerbes in der letzten Zeit beratend verschlechtert hat, daß heute die meisten Betriebe ernstlich um ihre Existenz ringen müssen. Die Ursache ist die katastrophale Lage des Bauwesens und die noch immer bestehende Wohnungsnot. Der Sächsische Maler- und Lackierertag fordert nach wie vor Anwendung der Reichsvereinsordnungen. Aus dem Jahresbericht, der hierauf erlassen wurde, geht hervor, daß der Landesverband gegenwärtig 3303 Mitglieder in 46 Körperchaften umfaßt. Der Vorsitzende des Reichsvereins Maler- und Lackierer, sprach über das Thema „Maßnahmen gegen die unantwärtliche Preisenkung durch Werkschuppengemeinschaften“.

## Kreisshauptmannschaft Dresden.

Kripplausen. (Verhaftungen.) Die Erweiterungen der Nordkommission und der zuständigen Landesbarmerie haben noch im Laufe des Monats zur Festnahme der Täter geführt. Der 22 Jahre alte Meister Willy Schuppan und der 17 jährige Wirtschaftsgehilfe Kurt Urban wurden dem Kriminalamt zugeführt. Nach längerem Zeugen gab Schuppan zu, Plünderer und von Urban das Messer dazu bekommen zu haben. Die kriminalpolizeiliche Untersuchung ergab folgendes: Der dem Streit zum Opfer gefallene Meister Alfred Plünderer aus Radeberg besuchte mit seiner Braut am Anlaß des Erntefestes am Sonntag den Tag in Kripplausen. Während des Tages wurde das Paar von einem anderen Tänzer (Schuppan) verhehentlich gestochen. Plünderer, der als Jahrgang gilt, beschimpfte seinen vermeintlichen Gegner und versetzte ihm schließlich einen Faustschlag ins Gesicht. Der Verletzte mußte den Saal verlassen, um das Blut zu stillen. Plünderer hatten 15 bis 20 junge Leute gegen Plünderer Partei ergriffen. Er wurde aus dem Saale gedrängt und mußte auf der Straße Schutz suchen. Plünderer hatte von Urban das Dolchmesser erhalten, angeblich um einen wiederholten Angriff des Plünderer abzuwenden. Als Schuppan seinen Gegner in der Menge sah, wollte er ihm für den erhaltenen Faustschlag einen Faustschlag geben. Angeblich wollte er ihn mit dem Messer am Oberarm treffen. Im Handgemenge sei Plünderer jedoch plötzlich vom vorn gezogen worden. Das Messer habe das Ziel verfehlt und sei Plünderer vom Rücken aus in das Herz gedrungen.

## Königsheim. (Abgefahrte.)

Beim Ersiegen des Höllekuhns im Amelgrund stürzte der 25 Jahre alte Schloffer Hansich, Vorsitzender der Jugendgruppe im Deutsch-Oberreithen Alpenverein, in die Tiefe etwa 60 Meter ab. Er trug schwere innere und äußere Verletzungen davon, die seinen abschließenden Tod zur Folge hatten. Die Leiche wurde nach Königsheim gebracht.

## Kreisshauptmannschaft Leipzig.

Wittmann. (Kommunales.) Für ein Sparlassen darlehens des Wasserwerkvereins e. V. 1846 wurde die sächsischenmische Darlehens in Höhe von 23 000 RM. übernommen. Genehmigung der Aufsichtsbekörde liegt vor. Der geplante Kraftwagenlinie Burg-Radt-Wohlitz steht man sympathisch gegenüber. Eine Beteiligung an der Garantielendung soll aber ausgeschlossen sein. Der Rückgang der Kreiszeitung und die hohen Anforderungen für Kreiszeitung und Wohlfahrtsvereinsleistungen bedingen Sparmaßnahmen auf anderen Gebieten. Eine Vorlage des Gemeinderates auf Einstellung der Brotbillikation für bedürftige Einwohner sowie über die Kürzung der Aufwandsentschädigung um 60 Proz. hat die einstimmige Zustimmung des Rotverordnetenkollegiums gefunden. Die Schulleitung darf bis auf weiteres nur Anschaffungen tätigen, die zur Fortführung des Schulbetriebs erforderlich sind.

## Radeberg-Heigenheim. (Kommunales.)

In der letzten Gemeindevorordnetenversammlung erbot der Bürgermeister Einspruch gegen einen auf kommunalen Antrag hin einstimmig gefaßten Beschluß, den Gemeinderat anguweisen, Gemeindefeuer zu auf Grund der Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930 nicht einzuführen, da dieser Beschluß ungeleglich ist. Die aufgeführten, da dieser Beschluß ungeleglich ist. Die Gemeindevorordneten hielten aber mit neun gegen drei Stimmen an ihrem Beschluß fest. Weiter beschlossen die Gemeindevorordneten, den Gemeindevorstand durch Verkauf von reichlich 2 1/2 ha Land zu vergrößern.

## Kreisshauptmannschaft Chemnitz.

Chemnitz. (Zeppelin.) Heute mittag erfuhr ganz unerwartet das Luftschiff „Graf Zeppelin“ über der Stadt. Nach einer Schleifenfahrt in geringer Höhe verließ es die Stadt in nördlicher Richtung. Das Luftschiff befindet sich auf der Fahrt nach Rodgau.

## Ehrenriedersdorf. (Feuer durch Blitzschlag.)

Das Wohnhaus des Kreyerschen Wirtes wurde während eines Gewitters durch Blitzschlag getroffen und vollständig eingestürzt. Die Bewohner konnten sich, wie notwendig, in Sicherheit bringen. Das Vieh konnte noch rechtzeitig geborgen werden. Tagesen ist fast sämtliches Mobiliar verbrannt. Wegen der günstigen Windrichtung gelang es dem tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehren, die fast bedrohten Nachbargebäude zu erhalten. Das Wohnhaus war über 200 Jahre alt und hatte historische Bedeutung. Der Besitzer ist verschert. (Was im Schacht.) Auf dem 18. Schacht der Gewerkschaft „Gottes Segen“, De-

triebsabteilung, traten in der Morgenschicht plötzlich Gase auf, durch die zwei Bergarbeiter schwere und drei leichtere Gasvergiftungen erlitten. Der Schacht wurde sofort geräumt.

## Kreisshauptmannschaft Zwickau.

Wittweba. (Martertschlag bei Schwarzberg.) (Eine Papierfabrik niedergebrannt.) Gestern vormittag brannte die Papierfabrik von Gustav Trommer vollständig nieder. Viele Maschinen wurden mit vernichtet. Das Kesselhaus konnte erhalten werden. Der Brand war in einem Räume ausgebrochen, in dem Altpapier lagerte. Die Entschädigungsbekörde bedarf noch der Klärung. (Zusammenstöße.) Während einer öffentlichen Wählerversammlung der Nationalsozialisten kam es zwischen Versammlungsteilnehmern und Anhängern der Sozialdemokratie zu schweren Zusammenstößen. Es gab mehrere Verletzte. (Brandstiftung.) In der Scheune des Gutsbesitzers zum Ruckebrand in der vergangenen Nacht Feuer aus. Die gesamte Ernte und landwirtschaftliche Maschinen im Werte von 10 000 RM. sind vernichtet. Ein Handwerksbursche und zwei Kettenhunde sind in den Flammen umgekommen. Es liegt Brandstiftung vor. Der Ort ist in der letzten Zeit mehrfach durch Brände heimgeschlagen worden.

## Zwickau. (Mordverleugung und Selbstmord.)

Auf der Straße nach Rodgau gab der Polizeibeamte Hermann aus Zwickau auf die 17 Jahre alte Hausdokter Brandhilde Fuchs aus Zwickau drei Schüsse ab. Das Mädchen wurde schwer verletzt ins Krankenhaus Zwickau eingeliefert. Hermann idtete sich darauf selbst durch einen Schuß in die Schläfe.

## Aus den Nachbarländern.

\* Die Elektrifizierung der böhmischen Schweiz. Die wichtigsten Orte der vielbesuchten böhmischen Schweiz sind bereits länger mit elektrischer Energie versorgt. Nur die Sommerfrischen Jennezdorf, Lympha, Ralendach und Havel besitzen noch kein elektrisches Licht. Die Vorarbeiten für die noch in diesem Jahre durchzuführende Elektrifizierung sind jedoch in vollem Gange, so daß bis Ende 1930 die gesamte böhmische Schweiz mit elektrischer Energie versehen sein wird. Der Strom kommt von Tümm im Anschluß an das Dittersbacher Leitungsdnetz.

## Bermischtes.

### Start des „Graf Zeppelin“ nach Moskau.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh 8 Uhr von Friedrichshagen zu seiner Fahrt nach Moskau gestartet. Die Führung hat diesmal Dr. Ekener. An Bord befinden sich 20 Passagiere.

### Prof. Picard wartet auf günstiges Wetter.

Auf Grund der letzten Mitteilungen der bayrischen Landeswetterwarte, die für heute noch keine Änderung des zurzeit herrschenden ziemlich windigen Wetters erwarten lassen, wird Prof. Picard seinen Forschungsflug zu dem er nunmehr alle Vorbereitungen getroffen hat, heute noch nicht anschießen, sondern günstiges Startwetter abwarten.

### Frühzeitiger Eintritt des Winters.

Der Leiter der Forschungsstelle für langfristige Witterungsverhältnisse in Frankfurt a. M., Dr. Baum, gibt auf Grund seiner mit Unterstützung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft durchgeführten Forschungen folgende Temperaturvorhersage für den Herbst 1930: Die gegenwärtige warme und heitere Witterung wird zwar mit kurzen Unterbrechungen noch längere Zeit fortbestehen, im Oktober und November wird aber die Temperatur in Deutschland in Durchschnitt unter der normalen liegen, so daß in diesem Jahre mit einem ziemlich frühzeitigen Eintritt des Winters zu rechnen ist.

### Großer Diebstahl.

Einbrecher drangen in der Nacht zum Sonntag in Berlin in die Reichsapothek in der Eißner Straße und zwar von der Hofseite aus durch ein Fenster ein. Wertvollere Gegenstände hat es nur auf den Gipsstrahl abgesehen. Hier nahmen sie Quantal, Strohmin und ähnliche Stoffe an sich, während sie an den Krankgeschäften, wie Kolaia und Heroin, vorbeizogen. Ob sie die Krankgeschäfte absichtlich liegen ließen, oder sie nur übersehen haben, ist nicht geklärt. Die in der Apotheke haben sie angebrochen, das Geld jedoch nicht mitgehen lassen. Aus diesen Umständen kann man annehmen, daß es den Einbrechern nur auf die stark wirkenden Stoffe angekommen ist. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei nach den Tätern sind sofort aufgenommen worden.

### Gosausbruch in einem oberbayerischen Bergwerk.

Auf der Karben-Zentrum-Grube sind, wie aus Neußen gemeldet wird, drei Leute der Feuerwache, die am Sonntag die Grube zu bewachen hatten, durch giftige Gase getötet worden. Die Bergbehörde hat den Fall bereits untersucht und leinzelne Verschulden Dritter festgestellt. Bei den Toten handelt es sich um einen Kupferer und zwei Arbeiter.

### Folgenschwerer Wirtschaftskreislauf.

Wie aus München gemeldet wird, sind in Waldheim an der bayrisch-sächsischen Grenze drei Bayern, ein Gendarmereibeamter, ein Polizeibeamter und ein Postgehilfe in einem Wirtschaftshaus mit Tischen in einen Streit geraten. Auf dem Rückwege sollen die Bayern verfolgt und an der Grenze beschossen worden sein. Der Postgehilfe und der Gendarmereibeamte wurden dabei verwundet. Der Polizeibeamte erwiderte das Feuer und verwundete einen Fischeren durch Kopfschuß.

### Ein Vergnügungspart in Flammen.

Nach der Witternacht brach im Vergnügungspart „Freemland“ in Wargate Feuer aus, das bald einen riesigen Umfang annahm. Die Feuerwehre mußte sich im wesentlichen darauf beschränken, die Tierkassen zu retten. Ihre Bemühungen waren auch erfolgreich. Die Lage war eine zeitlang sehr bedrohlich, daß die Zuschauer von der Feuerwehre zur Rückkehr aufgefordert wurden. Im Witternacht war ein großer Teil des Vergnügungspart in ein Hand der Flammen geworden.

### Bootsunglück.

Auf dem Möllsöfer See in der Schweiz ist ein mit vier Personen besetztes Boot gesunken. Einer der Insassen konnte sich und zwei seiner Begleiter retten, während der vierte, ein gewisser Kno aus Sachsen, ertrunken ist.

### Der Tod in den Bergen.

Drei Nürberger Touristen unternahmen eine Klettertour auf den Glimme della Pala (Schädel). Einer von ihnen, namens Elchorn, wurde von einem herunterfallenden Steinblock getroffen und in die Tiefe gerissen. Seine Leiche konnte geborgen werden.

### Explosion in einer französischen Fabrik.

In einer Fabrik von Cambrai bei Bordeaux explodierte gestern eine hydraulische Presse. Drei Personen wurden getötet und fünf verletzt.

### Brandkatastrophe in einem griechischen Dorf.

Ein Großfeuer richtete, wie aus Athen gemeldet wird, in den Niederlagen der Standard Oil in Tripetona unbeschreiblichen Schaden an. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß ein Retrolle, nachdem er abgedeckt hatte, ein noch glühendes Brandstück ins Meer warf. Da in der Nähe ein Segelboot Benzin lud und das Meer in seiner Umgebung mit einer dünnen Benzinschicht bedeckt war, fing es sofort Feuer und keddte so gleich neun andere Segelboote und kleinere Boote, die alle Petroleum haben, in Brand. Mehr als 20 Retrolen sind dabei ums Leben gekommen, mehrere wurden verletzt.

### Brand einer Petroleumsonde.

In einer Petroleumsonde in Zaglau (Gouvernement Moldau in Rumänien) geriet abbrechendes Petroleum in Brand. 15 Arbeiter wurden schwer verletzt, einige von ihnen liegen im Sterben. Nachdem der Ausbruch eingeleitet hatte, gelang es, den Brand zu löschen.

### Hungerunruhen in Santo Domingo.

Infolge des Mangels an Lebensmitteln sind Hungerunruhen in Santo Domingo ausgebrochen. Die Mehrzahl der Bevölkerung hat seit dem letzten Mittwoch nichts zu essen gehabt. Etwa 100 Personen verzichteten die Werk zu hürmen, um sich der dort aufgeladenen Lebensmittel und Borräte zu bemächtigen. Sie wurden inebien von der Nationalgarde zurückgetrieben. Während der Unruhen waren die amerikanischen Marinepostboten alarmbereit.

### Erläuterungen zum Reichsbankausweis.

Beilin, 9. September. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 6. September hat sich in der vergangenen Woche die gefamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 812,7 Millionen auf 1739,1 Mill. RM. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 158,1 Millionen auf 1571,9 Mill. RM. und die Lombardsbestände um 155,2 Millionen auf 57,0 Mill. RM. abgenommen. Die Reichsschatkassen, an denen am Schluß der Woche keine Bestände vorhanden waren, wurden mit 500 000 RM. ausgewiesen. An Reichsbanknoten und Rentenbankfaktoren zusammen sind 258,4 Mill. RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 221,2 Mill. auf 4486,2 Mill. RM., derjenige an Rentenbankfaktoren um 37,2 Mill. auf 405,7 Mill. RM. verringert. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankfaktoren auf 42,2 Mill. RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 368,4 Mill. RM. eine Abnahme um 47,2 Mill. RM. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 23,0 Mill. auf 3011,0 Mill. RM. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 37 000 RM. auf 2616,9 Mill. RM. abgenommen, die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 23,1 Millionen auf 392,1 Mill. RM. zugenommen. Die Bekunde der roten durch Gold allein erhöhte sich um 55,0 % in der Woche auf 58,4 %, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 63,5 % auf 67,1 %.

### Ämtliche Devisenkurse.

Beilin, den 9. September 1930. Notierungen in Watt

Telegraphische Auszahlung auf	100	100	100	100	100
	Gold	Devisen	Devisen	Devisen	Devisen
Wien 100 Gulden	100,00	100,14	100,77	100,11	100,11
Wien 100 Schilling	3,435	3,445	3,43	3,44	3,44
Paris 100 Franc	56,425	56,405	56,47	56,49	56,49
Bombay 100 Rupee	72,44	72,50	72,445	72,585	72,585
Buenos Aires 100 Peso	1,500	1,513	1,500	1,513	1,513
London 100 Pfund	81,50	81,50	81,50	81,50	81,50
Schweden 100 Kronen	10,540	10,550	10,540	10,550	10,550
Oslo 100 Kronen	—	—	—	—	—
Norwegen 100 Kronen	31,905	32,005	31,905	32,005	32,005
Japan 100 Yen	2,000	2,072	2,000	2,072	2,072
Indonesien 100 Piaster	7,425	7,442	7,425	7,442	7,442
Singapore 100 Piaster	30,50	30,54	30,505	30,555	30,555
Siam 100 Baht	4,187	4,206	4,187	4,206	4,206
Sri Lanka 100 Rupee	112,25	112,47	112,25	112,45	112,45
Indien 100 Rupee	18,83	18,87	18,83	18,87	18,87
Bombay 100 Rupee	30,385	30,426	30,385	30,426	30,426
Neu-Palau 1 Dollar	4,192	4,204	4,192	4,204	4,204
China 100 Yuan	112,19	112,41	112,19	112,41	112,41
Singapore 100 Piaster	16,40	16,43	16,40	16,43	16,43
Sumatra 100 Piaster	12,447	12,467	12,442	12,464	12,464
Java 100 Piaster	—	—	—	—	—
Batavia 100 Piaster	—	—	—	—	—
Manila 100 Piaster	—	—	—	—	—
Wien 100 Kronen	0,420	0,411	0,405	0,407	0,407
Schweden 100 Kronen	81,350	81,510	81,350	81,510	81,510
Schweden 100 Kronen	3,587	3,593	3,587	3,593	3,593
Schweden 100 Kronen	48,95	49,05	48,95	49,05	49,05
Schweden 100 Kronen	112,25	112,47	112,25	112,45	112,45
Indonesien 100 Piaster	3,397	3,403	3,397	3,403	3,403
Japan 100 Yen	80,21	80,23	80,10	80,11	80,11

### Wettertelegramme aus Sachsen.

vom 9. September, vormittag 8 Uhr.

Dresden: Höhe 110 m. Win.: 14. Max.: 18. Niederschlag: 4. Temperatur: 14. Wind: W. Wetterausland: Bedekt.  
Wahnsdorf: Höhe 246 m. Win.: 13. Max.: 17. Niederschlag: 3. Temperatur: 13. Wind: WSW. Wetterausland: Bedekt.  
Zittau: Höhe 1213 m. Win.: 6. Max.: 9. Niederschlag: 4. Temperatur: 6. Wind: NW. Wetterausland: Bedekt.



